Frau Deitenbach möchte wissen, ob es tatsächlich so sei, dass nicht besetzte Lehrerstellen für die Schulsozialarbeit verwendet werden sollen. Bildung werde doch überall großgeschrieben. Zudem könne sie der Argumentation nicht folgen, junge Familien nicht an den Kosten zu beteiligen. Gerade sie würden doch von der Schulsozialarbeit profitieren.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde dafür nicht zuständig sei, sondern der Auftrag bestehe, in diese Richtung Gespräche mit Schulleitern zu führen. In der Vergangenheit habe es das auch schon gegeben, Beispiel: Gemeinschaftshauptschule. Die Schulen seien bei ihren Überlegungen frei. Es gehe lediglich darum, darüber nachzudenken, ob dies ein gangbarer Weg sei.

Frau Vetter verweist ergänzend auf die bestehende Erlasslage und die rechtliche Möglichkeit, solche Überlegungen anzustellen in Abstimmung mit der Schulaufsicht, dem Schulträger und der Schule. Allerdings seien hierzu gem. Erlass von 2008 rechtlich verschiedene Dinge zu prüfen. Zunächst gehe es um die Meinung der Schulen, daran anschließen würde sich die Prüfung der juristischen Seite in Abstimmung mit der Schulaufsicht.

Nachdem Frau Deitenbach Unverständnis darüber äußert, über diese Möglichkeit überhaupt nachzudenken, verweist der Bürgermeister darauf, dass man am Ende der Kette vor Ort die Probleme lösen müsse. In diesem Sinne habe er den CDU-Antrag verstanden, diese Prüfung durchzuführen. Dies erfolge, und zwar völlig wertfrei.